

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 20. August 2013

# Veränderungsblockade durch Demografie und Einzelinteressen?

Umfrage bei Demonstranten gegen Frankfurter Flughafenausbau

**Viele Anzeichen der jüngsten Protestbewegungen in Deutschland deuten auf eine Misstrauensgesellschaft: Die Umfrageergebnisse bei der Protestbewegung am Frankfurter Flughafen offenbaren eine bedenkliche Tendenz zur Aberkennung der Legitimation der Institutionen und Akteure des politischen Systems bei den Befragten. Eigene Interessen werden oft absolut gesehen, alles andere bei geringer Kompromissbereitschaft als „Partikularinteressen“ abgetan.**

Lokale Großinvestitionen in Infrastrukturmaßnahmen haben jüngst in Deutschland großen öffentlichen Protest hervorgerufen. Neben dem bekanntesten Beispiel „Stuttgart 21“ sind die Entwicklungen an den Flughäfen in München, Berlin und Frankfurt zu nennen. In der Öffentlichkeit wird solcher Protest trotz ggf. wirtschaftlicher und struktureller Notwendigkeit der Großinvestitionen oft mit dem Phänomen der „Wutbürger“ assoziiert.

Die Autoren der heute in Berlin vorgestellten Studie **Prof. Dr. Eike-Christian Hornig und Jan-Bernd Baumann M.A.** von der Universität Gießen haben in ihrer Analyse des Protestes gegen den Ausbau am Frankfurter Flughafen **zwei zentrale Forschungshypothesen** untersucht und letztlich bestätigt gesehen:

- Es liegt eine nur **begrenzte gesamtgesellschaftliche Repräsentativität der Protestierenden** vor (das soziodemografische Profil innerhalb der Protestgruppe lautet verkürzt: älter, hochgebildet, zeitreich, ressourcenstark mit einer politischen Mitte-Links-Orientierung).
- Die Demonstranten weisen **Merkmale einer Misstrauensgesellschaft** insbesondere gegenüber den Parteien (Manipulationsvorwurf gegenüber der Politik und der Justiz durch „die“ Wirtschaft) auf.

Die Merkmale der so genannten „Misstrauensgesellschaft“ äußern sich insbesondere in Misstrauen und Distanz gegenüber politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten. Darüber hinaus kommt es zum Vorwurf der Ignoranz und Inkompetenz, der Absprache von Legitimation und der Bereitschaft zu Konfrontation bzw. Widerstand gegen repräsentative Institutionen und ihre Entscheidungen. Die Protestbewegung am Frankfurter Flughafen beispielsweise stellt der von Fraport ökonomisch begründeten Alternativlosigkeit des Ausbaus ihre eigene Vorstellung von Alternativlosigkeit gegenüber.

**Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft**, sieht vor dem Hintergrund der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte und der demografiebedingten Alterung der Bevölkerung zwar auch eine Krise der repräsentativen Politik. Er gibt aber zu bedenken, dass durch „das von den Demonstrationen ausgehende Signal hin zu mehr Besitzstandswahrung und Status quo-Denken“ auch die Auswirkungen auf den Standort Deutschland gesehen werden müssen. Dies gelte insbesondere für Wachstumschancen zur Erhaltung unseres Wohlstandes.

Die Analyse des Frankfurter Protestes basiert auf einer Befragung von Protestierenden, die an zwei Montagen im Juni 2013 durch das Berliner Umfrage-Institut *infratest dimap* durchgeführt wurde.

Die Studie können Sie hier unentgeltlich herunterladen: [Argument Nr. 120](#)

Auf unserer Homepage können Sie auch die Umfrage einsehen: [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)

---

#### **Ansprechpartnerin**

Dr. Susanna Hübner  
Leitung Kommunikation, Medien und Ordnungspolitik

Stiftung Marktwirtschaft  
Charlottenstraße 60  
D-10117 Berlin

Tel. (030) 20 60 57 - 0  
Fax (030) 20 60 57 57

[huebner@stiftung-marktwirtschaft.de](mailto:huebner@stiftung-marktwirtschaft.de)  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)  
[www.twitter.com/StiftungMaWi](https://www.twitter.com/StiftungMaWi)

Besuchen Sie auch Markt-Ruf, unseren neuen BLOG: [www.markt-ruf.de](http://www.markt-ruf.de)